

Informationsdienst der FDP.Die Liberalen-Grossratsfraktion vom 10. Juni 2009

INSIDE

FDP - Fraktionsausflug in den Bezirk Muri, 9. Juni 2009

Freisinnige Gedanken in sturmvoller Zeit

Ansprache von Fraktionspräsident Dr. Daniel Heller, Erlinsbach

heller@farner.ch



Wir sind heute im schönen Freiamt. Für den Freisinn ist hier ein eher schwieriges Terrain. Das Freiamt ist aber für die Entwicklung des Kantons und des Freisinns eine bedeutsame Region. Von hier aus sorgte 1830 der „Freiämtersturm“ für die liberale Neuausrichtung zunächst des Aargaus, später der Schweiz. Heute kennen wir andere Stürme. Es sind keine Freiämterstürme, keine Bürgerkriege, dafür sehen wir uns mit einem Sturm über die Finanzwelt konfrontiert: Die Folgen der Finanzkrise haben unglaubliche Dimensionen erreicht. Eine scharfe weltweite Rezession ist Tatsache. Einige Fiskalisten glauben, mit einer Art Freiämtersturm unsere Banken knacken zu können. Und ein weiterer Sturm hat sodann vor zwei Wochen unsere Volksschule erreicht und das Bildungskleblatt buchstäblich ausgerissen.

Ich greife heute diese drei Bereiche heraus: Was soll die Politik tun oder eben nicht tun, um zu helfen, damit die Krise möglichst rasch überwunden werden kann. Wie sind die Strategien des Bundesrates gegenüber den ausländischen Fiskalisten einzustufen? Und wie kommen wir aus dem Schlamassel der abgestürzten Bildungspolitik wieder heraus.

Erinnern wir uns: 1803 gegründet, überlebte der junge Kanton seinen Gründer Napoleon und seine Herrschaft. Nach dem Wiener Kongress von 1814 machten sich auch im liberalen Kanton Aargau restaurative Tendenzen bemerkbar. Der Kleine Rat – so hiess der Regierungsrat damals - regierte autoritär. In der Regierung nahm Johannes Herzog eine führende Rolle ein. Immer mehr hiess es in Anspielung auf den autoritären Führungsstil, man lebe im «Herzogtum Aargau». Johannes Herzog nannte sich nach dem Vorbild der vertriebenen Berner Herrscher «von Effingen», obwohl er nicht von adliger Herkunft war. Reformen waren unmöglich. Diese Reformunfähigkeit der Regierung führte 1830 zum „**Freiämtersturm**“, angeführt von Johann Heinrich Fischer. Die gesamte Regierung musste zurücktreten. Der „Freiämtersturm“ machte die Bahn frei für eine Verfassung **mit erweiterten Volksrechten**.

Der Aargau gab sich 1831 bereits seine dritte Verfassung. Diese Verfassung regelte, dass Männer – und nur Männer - erst ab dem 24. Altersjahr wählen durften. Weiter mussten im 200köpfigen Grossen Rat 50 der Räte mind. ein Vermögen von 2000.- Franken haben, 50 Räte von mind. 4000.- Franken und 50 Grossräte von mind. 6000.- Franken. Die Wählbarkeit in das Parlament war also an ein bestimmtes Vermögen geknüpft. Das war in einer Zeit, als die Schweiz noch ein armer Agrarstaat war, der Aargau sowieso! ein stattliches Vermögen. Ein Lehrer verdiente damals etwas über einen Franken pro Tag. Ein höherer Bankangestellter – solche gab es nur in den Städten Bern, Genf und Zürich - kam auf 4 bis 6 Franken. Ein Kilo Brot kostete 30 Rappen, Reis 40 Rappen, Rindfleisch 70 Rappen. Drei Viertel des durchschnittlichen Haushaltseinkommens verschlangen Nahrungsmittel und Kleidung. Aus freisinniger Sicht bedeutsam sind die damals erstrittenen Freiheitsrechte: Während die Aargauer bereits über die Niederlassungs- und Gewerbefreiheit verfügten, bekamen sie erst mit der 1831er Verfassung die Rede-, die Presse- und Gewissensfreiheit sowie die Eigentumsgarantie.

Nach dem Freiämtersturm gehörte der Aargau zu den liberalen Kantonen; hier fanden viele demokratische Flüchtlinge aus Deutschland Aufnahme. Dazu gehörten liberale Persönlichkeiten wie Heinrich Zschokke, der vor rund 200 Jahren gesagt hat: „Volksbildung ist Freimachung des Volkes, ist Erhebung des Volkes von allen Sklavenbanden“. Er hat damit die **Bedeutung der Volksschule** für die Demokratie unterstrichen. Die damals errichtete Volksschule ist eine der grössten Errungenschaften unserer Gesellschaft. Der Aargauer Klosterstreit 1841/43, als der Kanton alle Klöster aufhob, war dann einer der Auslöser für den Sonderbundskrieg von 1847; und dieser mündete in die Errichtung des **modernen schweizerischen Bundesstaates**.

Heute erleben wir **andere Stürme**. Es sind keine Freiämterstürme, keine Bürgerkriege, dafür sehen wir uns mit einem **Sturm über die Finanzwelt** konfrontiert: Die Folgen der Finanzkrise haben unglaubliche Dimensionen erreicht. Eine scharfe weltweite Rezession ist Tatsache. Auch im Aargau sind Bereiche unserer Wirtschaft getroffen. Einige Fiskalisten glauben, mit einer **Art Freiämtersturm unsere Banken knacken** zu können. Und ein weiterer Sturm hat sodann vor zwei Wochen unsere Volksschule erreicht und das **Bildungskleeblatt buchstäblich ausgerissen**. Ich greife heute diese drei Bereiche heraus: Was soll die Politik tun oder eben nicht tun, um zu helfen, damit die Krise möglichst rasch überwunden werden kann. Wie sind die Strategien des Bundesrates gegenüber den ausländischen Fiskalisten einzustufen? Und wie kommen wir aus dem Schlamassel der abgestürzten Bildungspolitik wieder heraus.

Zur Finanz- und Wirtschaftskrise: Seit über 200 Jahren gibt es Finanzkrisen. Jedes Mal waren sie grösser. Die Ursachen waren immer die gleichen: Aufblähung von Krediten, Spekulation mit Krediten und blinder Optimismus. Mittlerweile stehen wir weltweit vor einer Rezession. Hunderte von Milliarden an Werten wurden vernichtet. Reihenweise mussten Banken unter die Fittiche des Staates flüchten. Auch die grösste Schweizer Bank muss vom Staat gestützt werden.

Grundlegende liberale Forderungen wie ein ausgeglichener Staatshaushalt und gesunde Finanzen wurden nicht nur in den USA seit Jahren sträflich missachtet. Zum einen entspricht die jahrzehntelang praktizierte Finanzierung der Staatsdefizite durch Schaffung billigen Geldes in keiner Art und Weise liberalen Wirtschaftsprinzipien. Zum anderen hat die Rückversicherung mit impliziten Staatsgarantien eine gross angelegte und lang anhaltende Subventionierung des Finanzsystems bewirkt. Die Folge: Die Risikoprämien waren viel zu tief, es folgte ein globales Übermass an Verschuldung, ein Leben auf Pump auch im privaten Sektor, eine Lotteriementalität im Bereich der Finanzprodukte und eine präzedenzlose Risikobereitschaft.

Dieses System ist jetzt zusammengebrochen – massive Wertberichtigungen sind die Folge: Die Werte an den Börsen und Märkten werden auf ihren realen Inhalt zurückgeführt. Die Staaten reagierten mit bisher rund 7'000 Milliarden Dollar Bankenstützungspaketen und mit rund 2'000 Milliarden schweren **Staatsinterventionen** aller Art. Sie werden allerdings kaum die gewünschte Wirkung zeigen; sie zögern viel mehr eine strukturelle Gesundung des überdimensionierten Finanzsektors und anderer

Wirtschaftszweige hinaus. Zudem haben sich die Staaten in historischen Dimensionen verschuldet. Sie haben dadurch entscheidend an finanzieller Handlungsfreiheit eingebüsst.

Die klassischen kostspielige Konjunktur- und staatlich initiierte Förderprogramme sind in der Schweiz aus Sicht der FDP von Anbeginn her abzulehnen und zu bekämpfen. Das gilt insbesondere für den Aargau. Keynes Lehre des „defizit spendings“ mag in den Dreissigerjahren noch Beiträge zur Überwindung der Krise geleistet haben; heute und bei uns gehören sie aus mehreren Gründen in die Mottenkiste der Geschichte. Warum?

- Wegen des kleinen Binnenmarktes und unserer Exportorientierung wirken die Effekte von Schweizer Konjunkturprogrammen vor allem jenseits der Grenzen. Die ETH stellte fest, dass beim schweizerischen Investitionsprogramm 1997 gegen drei Viertel der so zusätzlich geschaffenen Nachfrage im Ausland verpuffte.
- Heute arbeitet nur noch knapp ein Viertel der Erwerbstätigen im 2. Sektor. Diesem kommen aber Konjunkturprogramme vor allem zu Gute. 70% der Beschäftigten verdienen ihr Einkommen für Dienstleistungen, ein Drittel davon erhält es wiederum vom Staat: Verwaltungsangestellte, Erwerbstätige im Gesundheits-, Sozial- und Schulwesen.
- Darüber hinaus bezieht rund ein Viertel der gesamten Bevölkerung dank AHV, Pensionskassen, IV und Sozialhilfe in irgendeiner Form feste Renten. Diese konjunkturunabhängigen Zahlungen sind automatische Stabilisatoren. Und diese sind heute viel wichtiger als Keynes klassische Multiplikatoren der Dreissigerjahre.

Es ist darum fragwürdig, mit klassischen Stabilisierungs- und Stimulierungsprogrammen die Volkswirtschaft stützen zu wollen. Bewirkt wird vor allem ein massiver Zuwachs an **Staatsverschuldung**. Diese liegt bei führenden EU-Ländern wie Deutschland und Frankreich schon heute bei 60% des BIP. In einer Welt der Verschuldung gehören zu unseren Trümpfen:

- die relativ tiefe Verschuldung der öffentlichen Haushalte in der Schweiz,
 - die vergleichsweise tiefe Steuern, günstige Zinsen, eine geringere Inflation und eine solide Währung.
- Den Wettlauf insbesondere ausländischer Regierungen nach noch grösseren staatlichen Konjunkturpaketen, nach noch mehr Subventionierung von Firmen und ganzer Branchen sowie nach dem **Siegerpodest für staatliche Verschuldung** beobachtet die FDP sehr kritisch. Die Wirksamkeit ist fraglich, ja oft kontraproduktiv: Unhaltbare Strukturen der Wirtschaft werden zementiert und Wettbewerbsverzerrungen in Kauf genommen. Der Kern der nächsten Krise ist in eben diesen Konjunkturprogrammen schon angelegt. Schliesslich gilt: Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen. Die keynesianischen Modelle, die Vorbilder für deutsche und angelsächsische Ankurbelungsprogramme sind, gehören heute auf den Misthaufen der Geschichte. Die vorliegenden Konjunkturmassnahmen der aargauischen Regierung zielen in die richtige Richtung. Gespannt warten wir auf den AFP mit dem Budget 2010. Wir erwarten eine Fortsetzung der bewährten aargauischen Finanzpolitik: Es gilt, im Aargau und im Bund diese Vorteile zu erhalten und auszubauen, statt sie mit Verschuldungen für Konjunkturprogramme zu gefährden. Denn diese Vorteile bilden die Basis für Standortvorteile, wenn sich die Wirtschaft wieder erholt.

Bei allem, was der Kanton gegen die Krise tut, will die FDP immer auch die Staatsfinanzen und damit die Spielräume der nächsten Generationen im Auge behalten. Der Haushaltsausgleich als grundsätzliches Ziel für ein handlungsfähiges und verantwortungsvolles Staatsgebaren ist ein zentrales Anliegen einer verantwortungsvollen Haushaltspolitik. Entsprechend sollen staatliche Unterstützungsmassnahmen aus Sicht der FDP folgende Grundsätze beachten:

- Sie dürfen nur ergriffen werden, wenn sie nachhaltig positive Wirkungen für den privaten Wirtschafts-, Werk- und Denkplatz Aargau haben.
- Sie schaffen keine neuen Subventionstatbestände und umfassen insbesondere keine Beiträge an Konsumausgaben.
- Sie erfolgen im begrenzten zeitlichen und finanziellen Rahmen.

Bei staatlichen Massnahmen stehen im Vordergrund:

- der Vorzug von Investitionen in Infrastrukturen
- Investitionen in Forschung und Innovation
- gezielte steuerliche (Entlastungs-) Massnahmen

Diesen Eckwerten entspricht das vom Kanton vorgelegte Programm. Mit ursächlich für die Lähmung der Wirtschaft und die Zurückhaltung der Konsumenten ist auch die sich verschlechternde Grundstimmung. Sie kann positiv beeinflusst werden, wenn die Steuern und Abgaben tendenziell sinken, damit Bürger und Unternehmen neue wirtschaftliche Freiräume erhalten.

Die FDP-Fraktion ist bereit, auf der Basis der Sozialen Marktwirtschaft mit allen politischen Kräften im Kanton aktiv zusammenzuarbeiten, um die Folgen der Finanzkrise für die Wirtschaft unseres Kantons und unsere Bevölkerung so gering wie möglich zu halten. Wir haben zusammen mit der SVP und der CVP vor Monatsfrist ein finanzpolitisches Manifest verabschiedet, welches diese Prinzipien verankert.

Wer für **mehr Regulierung** eintritt, vergisst, dass die Regulierungsbehörden die Finanzkrise nicht verhindern konnten. Im Gegenteil: Es war schliesslich in Amerika eine von Kongress und Administration Clinton staatlich verordnete Kreditpolitik, welche die Subprimekrise verursacht hat: Faule Kredite an nicht kreditwürdige Hausbesitzer standen am Anfang des Debakels. Und die Basel II Regeln der Bank für internationalen Zahlungsverkehr verleiteten zu Risikoseligkeit und zu Ausserbilanzgeschäften. In Deutschland waren ausgerechnet die staatlichen Länderbanken am unvorsichtigsten. Es bleibt dabei: Das einzige System, welches in der Lage ist, unseren Wohlstand zu steigern, den Zusammenhalt der Gemeinschaft zu stärken und unsere Freiheit zu verteidigen, ist die **Soziale Marktwirtschaft**. Es braucht ein Zusammenspiel von Staat, Wettbewerb und kluger Regulierung. Nur eine Wirtschaftsordnung, welche die Ansprüche aller Interessengruppen angemessen befriedigt, vermag auf Dauer den Zusammenhalt der Gesellschaft zu stärken. Schon gar kein Garant auf Erfolg sind das Primat der Politik über die Wirtschaft und die Regulierung. Wer für das Primat der Politik über die Wirtschaft eintritt, geht von der falschen Annahme aus, die Politik sei frei von Fehlern, Übertreibung und Verantwortungslosigkeit.

Weil überall die Staatsverschuldungen ins gigantische wachsen, sind die Steuervögte aller Länder auf der Suche nach Geld – unter anderem in der Schweiz. **Ihr Schlagwort heisst „Steueroasen“**. Um den Schweizer Finanzplatz vor Schlimmerem zu bewahren, musste der Bundesrat Anpassungen bei der Amtshilfe beschliessen. Er will die OECD-Richtlinien erfüllen und bis Ende Jahr mit einem Dutzend DBA den Tatbeweis dazu erbringen. Damit hofft der Bundesrat, die weiteren Angriffe abwehren zu können. Einzelne Politiker und einige voreilige Journalisten haben aus diesem Einlenken geschlossen, man gebe damit unsere bewährte finanzielle Privatsphäre auf. Das ist falsch. Unser Bankkundengeheimnis ist in der Verfassung verankert, es steht im ZGB, im Strafgesetzbuch, im Geldwäschereigesetz, im Obligationenrecht und dann namentlich im Bankengesetz. Gemäss Bundesrat soll keines dieser Gesetze geändert werden. Mittels Referenden würde das Volk wohl auch verhindern, dass man das Bankkundengeheimnis aufweicht. Wir wollen keine gläsernen Bürger!

In der Schweiz sind nach den harten Vorwürfen aus dem Ausland reihenweise Politiker am Einknicken. Man streut sich im Stile eines Musterknaben Asche aufs Haupt und will sich ins Ausland auf „Wallfahrten“ begeben. Das birgt die Gefahr, dass wir am Ende statt bei der besseren Amtshilfe beim automatischen Datenaustausch landen. Es darf nicht sein, dass die Schweizer Behörden zu "fishing expeditions" Hand bieten. Bei solchen Anfragen verlangen Steuerbehörden bei Banken aufs Geratewohl Tausende von Kundendaten, in der Hoffnung, darunter vielleicht ein paar Steuersünder ausfindig zu machen.

Zu schnell wird vergessen, welche freiheitlichen Errungenschaften unserem heutigen System zugrunde liegen: Das schweizerische Steuersystem ist die Folge einer **freiheitlichen Staatsordnung**: Der Staat ist für den Bürger da und nicht umgekehrt. Und diese bürgerfreundliche Ordnung ist auch der Grund, dass wir

Steuerdelikte rechtlich nach ihrem Schweregrad abstufen. Es gilt die Unschuldsvermutung: Der Staat muss dem Bürger beweisen, dass er zu wenig Steuern bezahlt und nicht umgekehrt. Im Inland wollen wir an der Unterscheidung zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug festhalten. Hinterziehung ist ein Vergehen, das verwaltungsrechtlich mit Busse und Strafsteuern verfolgt wird; Betrug wird strafrechtlich sanktioniert. Das ist richtig: Wer eine Unterlassung begeht, darf nicht gleich behandelt werden wie derjenige, der vorsätzlich Unterlagen fälscht und den Straftatbestand des Betrages erfüllt.

Die Regierungen der USA, Deutschlands oder anderer EU-Staaten haben ganz andere Staats- und Rechtstraditionen. Das zeigen unter anderem die verbalen Kraftmeiereien aus Deutschland. Bundesminister Peer Steinbrück vergleicht die Schweiz im Steuerstreit mit afrikanischen Bananen-Republiken; SPD-Chef Franz Müntefering bedauert sogar, nicht, wie früher in solchen Fällen, Truppen gegen unbotmäßige Länder entsenden zu können. Inhalt und Ton wecken beim historisch Bewanderten unschöne Assoziationen. Die Äusserungen des Herrn Steinbrück bewegen sich in der Tradition des wilhelminischen Kaiserreiches (Wilhelm II: *"Am Deutschen Wesen soll die Welt genesen!"*). Die Entgleisungen des Herrn Müntefering stehen gar in der Tradition des Dritten Reiches (Adolf Hitler: *"Seit 5 Uhr 45 wird jetzt zurück geschossen!"*). Das waren Parolen und Töne, mit denen die Deutschen Machthaber von damals das Prinzip der Politik des Stärkeren propagierten. Wir Schweizer leben (hoffentlich) immer noch in der Tradition des Freisinnigen Bundesrates Hermann Obrecht (1935 bis 1940). Dieser erwiderte auf derartige Zumutungen in schwieriger Zeit: *"Wir Schweizer werden nicht zuerst ins Ausland wallfahrten gehen"*.

Sicher nicht in Frage kommt der von den USA und von der EU geforderte automatische Zugriff auf alle Kundendaten. Das ist eine Ungeheuerlichkeit, die höchstens für Grossmächte mit Untertanenmentalität angemessen ist. Das Bankkundengeheimnis hat bei uns weiterhin volle Geltung. Es schützt keine Betrüger und Kriminelle, aber es schützt unsere Konten vor der Schnüffelei staatlicher Stellen. Die von den USA und von der EU propagierte Wunschvorstellung des gläsernen Bürgers ist für uns keine Option. Wir erwarten, dass der Bundesrat diese Position hart verteidigt und bei den anstehenden bilateralen Verhandlungen keine vorschnellen Konzessionen macht.

Ein weiterer Sturm hat den Kanton vor drei Wochen durchzogen. **Die Bildungsreform beginnt im Aargau wieder auf Feld eins.** Die Kleeblattreformen waren ein überladenes Fuder. Auch die Aufspaltung in vier Teilvorlagen vermochte die alte Weisheit „Viele Hunde sind des Hasen Tod“ nicht zu entkräften. Das Aargauer Volk hat angesichts der Schwächen der Vorlage und des viel zu ehrgeizigen Zeitplans die Notbremse gezogen. Die Hilfeschreie aus den Schulen angesichts der Reformlawine waren unüberhörbar. Aus Sicht der FDP sind folgende Schlussfolgerungen zu ziehen:

Es braucht jetzt zuerst Ruhe und dann etappierte Reformen mit Augenmass. Es steht genug Zeit zur Verfügung, um das Ganze noch einmal seriös zu überdenken und eine Lösung zu suchen, die einer humanen Leistungsschule entspricht und die Lehrerschaft nicht überfordert. Ziel bleibt für uns die Umsetzung von Bildungsreformen im Rahmen von HarmoS.

Inhaltlich wollen wir:

- vereinheitlichte Bildungsstandards (was muss bis zu welchem Alter auf welchem Leistungsniveau erreicht werden?)
- eine neue Didaktik im Kindergarten (Förderung zur früheren Einschulung von lernwilligen Kindern, Deutsch intensiv für Fremdsprachige)

Strukturell wollen wir:

- eine Primarschule mit Kindergarten ab 5 obligatorisch und 6 Primarschuljahren
- eine Sekundarstufe I mit progymnasialem Leistungszug und mit deutlichen Verbesserungen für die Realschüler
- und mit einer minimalen Kompatibilität mit der Nordschweiz (BS, BL, SO, ZG, ZH, LU)

Flankierend wollen wir:

- einen Sozialindex für stark belastete Gemeinden (bspw. Start mit max. 1/3 Gemeinden, max. 30 Mio. Aufwand Kanton pro Jahr)
- den Verzicht auf das ISF-Obligatorium im Schulgesetz - es fehlt mit der Ablehnung der Kleeblätter eine Rechtsgrundlage für ISF, und das ist richtig so
- bedarfsgerechte Tagesstrukturen, d.h. reduziertes Anforderungsprofil und von den Gemeinden, also von unten nach oben organisierte Tagesstrukturen.

Politisch wollen wir:

- eine Reduktion des Wasserkopfes im BKS
- eine Umsetzung der Reformen in Etappen.

Soweit meine Gedanken zur Bewältigung der **Sturmschäden**. Tragen wir Sorge zu unserem freisinnigen Erbe und zu unserer Zukunft nach dem Motto: „Wer die Vergangenheit vergisst, verliert die Zukunft“. Denn wer im Umbruch und Wandel bestehen will, braucht klare Vorstellungen zum Anpacken der Probleme; er muss nicht nur umdenken und umlernen, er braucht auch einen **festen Grund**. Und den liefert uns **einerseits** unsere Aargauer Geschichte und Heimat – heute das Freiamt. Wir haben die Gewissheit, dass der Blick auf die Höhen des Mutschellen seit Jahrhunderten der gleiche geblieben ist und die Schweiz und der Aargau insgesamt gute Voraussetzungen bieten, um im Umbruch bestehen zu können. **Andererseits** liefert uns unsere freisinnige Überzeugung die Grundlage, um am Erfolgsmodell Schweiz weiterbauen zu können. Dazu rufe ich Sie auf.

Personelles

Haben Sie Lust und Zeit, eine Führungsfunktion zu übernehmen?

Doris Fischer-Taeschler, Präsidentin FDP Aargau, Seengen
fischer@fdp-ag.ch

Kantonaler Erziehungsrat

Dr. Monika Fehlmann, Buchs, tritt auf Herbst 2009 aus dem Erziehungsrat zurück. Ihr Nachfolger oder ihre Nachfolgerin braucht fundierte Erfahrung als Schlupfleger oder Schulpflegerin. Wahlbehörde ist der Grosse Rat. Sollten Sie sich angesprochen fühlen, melden Sie sich bitte.

FORUM AARGAU

Der Präsident, Rüdiger Nickelsen, möchte sich 2010 zurückziehen. Wir suchen seinen Nachfolger oder seine Nachfolgerin, der oder die bereit ist, Lust und Interesse hat, das FORUM AARGAU weiter zum Erfolg zu führen.

Finanzchef oder –chefin

Für die FDP Aargau ist der Posten eines Finanzchefs oder einer Finanzchefin zu besetzen. Wer sich für diese Führungsposition innerhalb der Partei interessiert, soll sich bitte melden. Regina Ammann, die momentan zuständig ist, möchte sich längerfristig auf Grund der beruflichen Situation entlasten.

Wahlleitung

Die nächsten Wahlen kommen bestimmt – und zwar schon 2011. Die Nationalratswahlen werden in enger Zusammenarbeit mit der FDP Schweiz durchgeführt, die ihre entsprechenden Vorarbeiten schon begonnen hat. 2012 oder 2013 sind im Aargau Regierungs- und Grossratswahlen (nun hoffentlich und endlich am gleichen Datum). Die *FDP.Die Liberalen* Aargau hat vor, möglichst bald den Wahlleiter oder die Wahlleiterin zu bestimmen. Wir freuen uns, wenn Sie sich für diese kreative Aufgabe melden.

INSIDE Redaktion: Andrea Moll-Reutercrona
andrea.moll@bluewin.ch

Versand:
Parteisekretariat